

Rede von Willy Brandt über Europa als Friedensfaktor (Brüssel, 24. Juni 1978)

Legende: Auf einer Konferenz der sozialdemokratischen Parteien Europas in Brüssel am 24. Juni 1978 hält Willy Brandt, Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) eine Rede über Europa als entscheidenden Friedensfaktor.

Quelle: Confederation of Socialist Parties of the European Community. Politische Erklärung - Konferenz 23-24.6.1978 Palais d'Egmont, Brüssel. Brüssel: Bund der Sozialdemokratischen Parteien der EG, 1978. 24 S. p. 7-10.

Urheberrecht: Alle Rechte bezüglich des Vervielfältigens, Veröffentlichens, Weiterverarbeitens, Verteilens oder Versendens an Dritte über Internet, ein internes Netzwerk oder auf anderem Wege sind urheberrechtlich geschützt und gelten weltweit.

Alle Rechte der im Internet verbreiteten Dokumente liegen bei den jeweiligen Autoren oder Anspruchsberechtigten.

Die Anträge auf Genehmigung sind an die Autoren oder betreffenden Anspruchsberechtigten zu richten. Wir weisen Sie diesbezüglich ebenfalls auf die juristische Ankündigung und die Benutzungsbedingungen auf der Website hin.

URL: http://www.cvce.eu/obj/rede_von_willy_brandt_uber_europa_als_friedensfaktor_brussel_24_juni_1978-de-f79bcd2e-1e7c-4e0c-8607-0f1fde5acb96.html

Publication date: 03/07/2013

Rede von Willy Brandt über Europa als Friedensfaktor (Brüssel, 24. Juni 1978)

Ich habe meine Ausführungen unter die Überschrift „Europa als Friedensfaktor“ gestellt, aber in einer Viertelstunde läßt sich dazu nicht allzu viel sagen.

Meiner Meinung nach kommt es gerade auch im Blick auf die Direktwahlen darauf an, den Bürgern deutlich zu machen, welchen spezifischen Beitrag Europa - hier in erster Linie verstanden als Europäische Gemeinschaft - aus unserer Sicht zum Aufbau einer weltweiten Friedensordnung leisten sollte. Also zu definieren, was man im Französischen Europa „vocation“ nennen würde und was im Deutschen nur unzureichend mit dem Wort „Berufung“ umschrieben werden kann.

Im Dezember 1973, anlässlich eines Gipfeltreffens in Kopenhagen, verabschiedete man ein „Dokument über die europäische Identität“; dies war eine der Reaktionen auf Kissingers etwas unvermittelten Versuch, ein „Jahr Europas“ zu begründen.

Die Außenminister der Neun brachten in dem Kopenhagener Text ihren Willen zum Ausdruck, „die Grundsätze der repräsentativen Demokratie, der Rechtsstaatlichkeit, der sozialen Gerechtigkeit, die das Ziel des wirtschaftlichen Fortschritts ist, sowie die Achtung der Menschenrechte als die Grundelemente der europäischen Identität“ zu wahren.

Zugleich bekräftigte man die Absicht, eine aktive Rolle in der Weltpolitik zu spielen und unter Achtung der Ziele und Grundsätze der UN-Charta dazu beizutragen, „daß die internationalen Beziehungen sich auf mehr Gerechtigkeit gründen, daß Unabhängigkeit und Gleichheit der Staaten besser gewahrt, der Wohlstand besser verteilt und die Sicherheit jedes einzelnen besser gewährleistet werden“.

Das war recht allgemein, und es hat auch deshalb kaum Spuren hinterlassen, weil durch den Krieg im Nahen Osten und durch die Ölpreiskrise viel durcheinander geriet, gerade für die Europäische Gemeinschaft. Trotzdem rate ich dazu, nachdem die europäische Politik wieder in Bewegung zu kommen scheint, an den Kopenhagener Text von vor bald fünf Jahren anzuknüpfen.

Die Sozialdemokraten, die demokratischen Sozialisten Europas sollten ihren Einfluß nutzen, den erwähnten Grundsätzen unter den sich wandelnden ökonomischen, sozialen und politischen Bedingungen zum Durchbruch zu verhelfen. Auf die Frage nach **unseren** Leitlinien für eine europäische Außenpolitik will ich versuchen, einige kurze, thesenharte Antworten zu geben.

Erstens: Europa mag sich um weitere Fortschritte im Prozeß des Abbaus von Spannungen zwischen Ost und West bemühen. Wir dürfen uns davon durch die schwieriger gewordenen Beziehungen zwischen den nuklearen Weltmächten nicht abhalten lassen, eher im Gegenteil.

Um es mit den Worten zu sagen, die im vorjährigen Entwurf unserer Wahlplattform gebraucht wurden: „Die Periode der Konfrontation mag endgültig abgelöst werden von einer Periode der Kooperation, weil in den Beziehungen der Völker und der Staaten die Erhaltung des Friedens das höchste Ziel und der dominierende Wert sein müssen. Zusammenarbeit auf allen Ebenen, Kontakte und kultureller Austausch, freundschaftliche Beziehungen und Freizügigkeit werden nicht den Unterschied der politischen Systeme beseitigen, aber sie sind wichtige und unverzichtbare Elemente einer kriegsverhütenden Politik.“ Für die nahe Zukunft bedeutet dies unter anderem: Das für 1980 in Madrid geplante zweite Überprüfungstreffen der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa muß besser vorbereitet und wohl auch höher angesiedelt werden als das vor drei Monaten zuende gegangene Treffen in Belgrad. Wir dürfen uns nicht davon abbringen lassen, die Bestimmungen der Schlußakte von Helsinki Schritt für Schritt in die europäische Wirklichkeit umsetzen zu helfen.

Zweitens: Politische Entspannung allein wird allerdings nicht überleben; sie muß ergänzt und abgesichert werden durch wirksame Vereinbarungen auf militärischem Gebiet. Die Fortdauer des ungehemmten Rüstungswettlaufs bedroht nicht nur den Frieden in Europa, sondern den Bestand der Menschheit. An Einsichten und Bekundungen guten Willens fehlt es nicht. Die Sonder-Generalversammlung der Vereinten

Nationen hat dies gezeigt. Doch dabei darf es nicht bleiben. Wir Europäer müssen darauf drängen, daß den Worten Taten folgen.

Die an den Wiener Verhandlungen über gleichgewichtige und ausgewogene Reduzierung von Truppen und Rüstungen beteiligten Staaten sollten eine ernste Anstrengung machen, um sich in absehbarer Zeit auf ein erstes Abkommen zu verständigen. Die kürzlich von der deutschen Bundesregierung angeregte Initiative der Allianz, die von Generalsekretär Breschnew und Bundeskanzler Schmidt in Bonn abgesprochene Formel von der „annähernden Gleichheit und Parität“ sowie die jüngsten Wiener Vorschläge der Sowjetunion lassen Fortschritte möglich erscheinen - vermutlich im nächsten Jahr, wenn es die Großwetterlage zuläßt.

In Ergänzung zu den amerikanisch-sowjetischen Salt-Verhandlungen, die so bald wie nur möglich zu einem zweiten Abkommen führen sollten, und zu den MBFR - Verhandlungen in Wien wird man über die sogenannten Grauzonen-Waffen sprechen müssen. Sonst besteht die Gefahr, daß die in anderen Bereichen erzielten Vereinbarungen unterlaufen werden. Ich habe den Eindruck, daß die Sowjetunion zu einer Erweiterung der Themenliste bereit ist, die keine Waffe mehr ausschließt.

Es mag auch darum gehen, das Ausmaß der Rüstungsexporte wesentlich zu reduzieren. Dies sollte ebenfalls in Gespräche zwischen Ost und West eingeführt werden.

Drittens : Die Europäische Gemeinschaft sollte ihr Verhältnis zu den Vereinigten Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und der partnerschaftlichen Zusammenarbeit weiter konstruktiv ausgestalten.

Dabei kann es sich nicht darum handeln, einseitigen Interessen zu dienen oder eigene Interessen zu vernachlässigen. Worauf es ankommt, ist die gemeinsame Suche nach Lösungen für gemeinsame Probleme und eine Abstimmung der jeweiligen Interessen im Respekt vor der Identität des Partners.

Zunächst muß es vor allem darum gehen, Mittel und Wege zur Bewältigung der aktuellen wirtschaftlichen Probleme zu finden. Dem bevorstehenden Bonner Weltwirtschaftsgipfel kommt im Hinblick auf eine bessere Koordination große Bedeutung zu. Die Voraussetzungen für ein neues Weltwährungssystem müssen geschaffen, die Wachstumsbedingungen gestärkt werden. Im übrigen erwarten wir, daß jede nationale Regierung ernste Anstrengungen unternimmt, um der Vollbeschäftigung näherzukommen und die Voraussetzungen für ein neues internationales Währungssystem zu schaffen.

Viertens: Die Europäische Gemeinschaft sollte ihre Beziehungen zu den benachbarten und befreundeten Staaten Nord- und Mitteleuropas weiter ausbauen.

Wir alle wissen: die nordischen Länder, ebenso wie die Schweiz und Österreich, sind mit uns durch Traditionen und Erfahrungen eng verbunden; die Geschichte der Arbeiterbewegung legt davon ein beredtes Zeugnis ab. Zugleich handelt es sich um hochentwickelte Nationen, deren Mitarbeit uns zur Bewältigung zahlreicher übergreifender Aufgaben höchst willkommen sein muß.

Es wäre eine tragische Fehlentwicklung, wenn die Gemeinschaft und ihre Mitgliedstaaten gegenüber diesen wertvollen Partnern eine Politik der Abschottung betreiben würden. Europa darf nicht noch einmal gespalten werden.

Fünftens: Wir müssen uns mit Nachdruck dafür einsetzen, daß der EG-Beitritt der dazu entschlossenen Länder so reibungslos wie nur möglich vollzogen werden kann. Angemessene Übergangsfristen liegen im allseitigen Interesse, aber an der Weichenstellung darf kein Zweifel sein.

Die Demokratisierung im Süden unseres Kontinents ist von gesamteuropäischer Bedeutung. Die wirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, damit die jungen Demokratien auch lebensfähig sind, ist ein Gebot europäischer Solidarität. Die deutschen Sozialdemokraten setzen sich daher für ein Solidaritätsprogramm Südeuropa ein; seine Auswirkungen würden allen Beteiligten zugute kommen.

Sechstens: Neben der Fortführung der Entspannung wartet eine zweite weltweite Aufgabe auf Europa : den

Ausgleich zwischen Nord und Süd, zwischen Industrienationen und Dritter Welt nachdrücklich zu fördern. Es geht in den vor uns liegenden Jahren um weit mehr als um Hilfe, nämlich darum, die Gemeinsamkeit von Interessen neu zu begreifen und zu definieren. Daraus wird sich ergeben, daß nicht nur humanitäre, sondern auch weltwirtschaftliche und friedenspolitische Gründe dafür sprechen, den Prozeß der Entwicklung wesentlich zu beschleunigen.

Die Europäische Gemeinschaft muß hier ihre beträchtlichen Möglichkeiten mehr noch als bisher nutzen. Sie hat auch schon einiges geleistet. Das Abkommen von Lomé kann in mehr als einer Beziehung richtungsweisend werden.

Im übrigen unterstreiche ich auch hier die Aussagen des vorjährigen Entwurfs einer Wahlplattform, in dem es heißt : „Die Gemeinschaft sollte eine Politik verfolgen, die ‚selfreliance‘ der Entwicklungsländer zu vergrößern und eine gerechtere Verteilung von Wohlstand, Wissen und Macht in diesen Ländern zu bewerkstelligen. Alle Beziehungen zwischen der Gemeinschaft und den Ländern der Dritten Welt sollten sich auf Zusammenarbeit auf der Grundlage der Gleichheit stützen, und die Gemeinschaft sollte die Grundsätze, die hinter der Forderung nach einer neuen Wirtschaftsordnung stehen, direkt unterstützen.“

Die Entwicklungen auf dem afrikanischen Kontinent erinnern uns täglich daran, daß die Zeit des machtpolitischen Interventionismus noch immer nicht vorbei ist, daß die Überwindung von Rassismus und Restkolonialismus zu vollenden bleibt und daß Europa sich nicht mit Machtstrukturen identifizieren darf, die geschichtlich überholt sind.

Ein weiterer Hinweis mit dem Blick auf das bald vor uns liegende Jahrzehnt : Wenn es gelingt, auf dem Weg zur Kontrolle und Begrenzung von Rüstungen voranzukommen, muß parallel dazu dafür gesorgt werden, daß eingesparte Ressourcen für Zwecke der Entwicklung eingesetzt werden können. Dies ist ein Zusammenhang, von dem in den achtziger Jahren viel abhängen wird.

Ich bin mir wohl bewußt, daß diese Feststellungen gemessen an der komplizierten und differenzierten Wirklichkeit, mit der wir es zu tun haben, unzulänglich bleiben müssen. Vielleicht ist dennoch deutlich geworden, was ich als Europas vornehmste Aufgabe betrachte: Seine Identität darin zu sehen, als Faktor des Friedens und des Ausgleichs in der Welt zu wirken.

Auch deshalb ist es so wichtig, daß die Sozialdemokraten aus den Wahlen zum Europäischen Parlament als führende Kraft hervorgehen: Denn wir stehen dafür, der Verantwortung gerecht zu werden, die auf Europa lastet.